

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit,**  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal M. 2,50.

### Inhalt:

Inhalt:	Seite	Seite	
Die italienischen Gewerkschaften und wir. I. . . . .	593	Familienunterstützung durch die Gewerkschaften. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Die österreichischen Gewerkschaften und der Krieg. . . . .	596
Gesetzgebung und Verwaltung. Eine Forderung an den Reichskanzler. — Die bayerische Kriegsverwaltung gegen Gehalts- und Lohnherabsetzungen. — Russische Kriegsgefangene als Landarbeiter	594	Polizei, Justiz. Zur Politischerklärung der Gewerkschaften	600
Arbeiterbewegung. Die Unmöglichkeit der		Privatversicherung. Das Ende eines Verdächtigungs- selbstzuges . . . . .	600

### Die italienischen Gewerkschaften und wir.

I.

Als der Weltkrieg ausbrach, hielt man es im Volke für selbstverständlich, Italien an der Seite von Deutschland und Oesterreich zu finden; die Erklärung der italienischen Neutralität erregte allgemeines Erstaunen. Inwieweit Italien seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den beiden anderen Mächten des Dreibundes erfüllt hat, haben wir hier nicht zu untersuchen, ebensowenig, ob die beruhigenden Erklärungen der deutschen und österreichischen Regierungen auf Ueberzeugung oder Taktik beruhen.

Die italienische Regierung erklärte also ihre Neutralität und zwar eine wohlwollende Neutralität. In der Presse wurde auf die Vorzeichen hingewiesen, die mit dieser Neutralität für die kriegführenden Staaten Deutschland und Oesterreich verbunden sein sollten. Die öffentliche Meinung begann sich zu beruhigen.

Nun brachten aber bereits die ersten Tage nach Ausbruch des Krieges Mitteilungen über eine allgemeine deutsch- und österreichfeindliche Stimmung der italienischen Bevölkerung und der italienischen Presse. Es entstand in Italien eine scharfe Agitation, die mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auf eine Teilnahme am Kriege auf Seiten Frankreichs, Englands und Russlands hinwirkte.

Durch diese unausgesetzte deutsch- und besonders österreichfeindliche Agitation wurde die Situation teilweise so bedenklich, daß damit gerechnet werden mußte, Italien aktiv auf der Seite unserer Feinde zu finden. Es ist nicht übertrieben, was uns einmal in einem Gespräch von einem in Italien lebenden Deutschen gesagt wurde, daß zu jener Zeit von Seiten des italienischen Königs und Ministerpräsidenten mehr Mut dazu gehörte, die Neutralität aufrechtzuerhalten, als in der vordersten Kampfreihe im Felde zu stehen. Jedenfalls stand fest, daß ein Beschluß der Regierung auf Teilnahme am Kriege auf Seiten Deutschland-Oesterreichs zur Revolution geführt haben würde.

Dieses Verhalten der italienischen öffentlichen Meinung klammerte sich an verschiedene Umstände, die mit dem Ausbruch und der Durchführung des Krieges verbunden waren. Es ist indessen kaum daran zu zweifeln, daß auch ohne diese Umstände die

Stimmung eine deutsch-österreich-feindliche gewesen wäre.

Der Ausbruch des Krieges hat bewiesen, daß der Dreibund, soweit Italien in Betracht kommt, nur ein diplomatisches Gebilde ist und keine Stütze im Volksbewußtsein hat. Andernfalls wäre es nicht möglich gewesen, daß eine solche deutschfeindliche Stimmung entstehen konnte.

Die Ursache dieser Stimmung liegt vor allem in dem Gegensatz zwischen Italien und Oesterreich. Oesterreich hat lange Zeit den Norden des jetzigen Italiens beherrscht. Im Süden Oesterreichs und auf der anderen Seite der Adria gibt es noch Landstriche mit einer Bevölkerung italienischer Abstammung und mit italienischer Sprache. Dieses sogenannte unerlöste Italien beunruhigt die italienische öffentliche Meinung fortwährend und die Nationalisten verlangen den Anschluß dieser Gebiete an das geeinigte Italien. Man hält vielfach die jetzige Gelegenheit für günstig, um diesen alten Traum der Italiener zu erfüllen.

Italien wird in geistiger Hinsicht von Frankreich viel mehr als von Deutschland beeinflusst. Die Kenntnis der französischen Sprache ist weit mehr verbreitet, als die der deutschen Sprache; die französische Presse spielte immer in italienischen Redaktionen eine größere Rolle als die deutsche Presse; dazu kommt, daß nach kaum zu widerlegenden Behauptungen einige einflussreiche italienische Zeitungen von französischem Kapital abhängig sind.

So war bei Ausbruch des Krieges ein günstiger Nährboden für die französische Beeinflussung vorhanden. Die französischen Schwindelnachrichten wurden von den meisten italienischen Zeitungen teils in gutem Glauben, teils aber auch in bestimmter Absicht nachgedruckt und mit den in der italienischen Presse üblichen phrasenreichen Kommentaren versehen. Die ersten Seiten der Zeitungen enthielten unter fetten in die Augen springenden Ueberschriften die aus französischen Quellen stammenden Mitteilungen, deutsche Nachrichten wurden gar nicht oder doch weniger auffällig gebracht und so wurde die öffentliche Meinung Italiens gegen Deutschland und Oesterreich eingenommen. Wenn man etwas tun will, daß nach dem allgemeinen Empfinden nicht für richtig gehalten wird, muß man irgend einen Deckmantel suchen und deshalb wurde immer und immer wieder auf die Schuld von Deutschland und Oesterreich am Ausbruch des

aufträgen zu versehen, damit die geschlossenen Betriebsbedankenwerten Bemühungen der Gewerkschaften wieder geöffnet und die entlassenen Arbeiter nach Möglichkeit wieder eingestellt werden können."

Der Reichsbund stimmte der gegebenen Anregung zu und auch die Verbände der christlichen und Hirsch-Dunderschen Bauarbeiter schlossen sich ihr an. Nach erfolgter Verständigung auf schriftlichem Wege fand alsdann die offizielle Vertreteritzung statt, für die auf Arbeiterseite nicht weniger wie 18 gewerkschaftliche Organisationen in Frage kommen. Die Vertretung dieser Verbände war den Vorständen der Bauarbeiter, Metallarbeiter und Holzarbeiter übertragen worden. Das Resultat der gepflogenen Verhandlungen war folgende Vereinbarung, die in gleichem Wortlaut der gesamten Presse zugänglich gemacht werden soll.

**„Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Baugewerbe.**

Die großen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände des Baugewerbes und der Baunebengewerbe haben am 13. Oktober 1914 in Berlin eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, welche danach streben soll, zur Erhaltung der Volkskraft während des Krieges die daniederliegende Bautätigkeit möglichst zu heben. Die Arbeitsgemeinschaft wendet sich zu diesem Zwecke an die Behörden des Reiches und der Bundesstaaten und an die Gemeinden mit der dringenden Bitte, die schon beschlossenen Bauten auszuführen und umgehend Mittel für weitere Bauten bereitzustellen. Sie wird ferner bei den in Betracht kommenden kapitalträchtigen Stellen auf eine Erleichterung der Kapitalbeschaffung zur Wiederbelebung der privaten Bautätigkeit hinwirken. Sie wird weiter eine planmäßige Vermittlung der Arbeitskräfte, insbesondere für den Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Landesteile anstreben. Sie wird die Behörden ersuchen, von den Uebernehmern gewerblicher Arbeiten die Innehaltung der tariflichen und ortsüblichen Arbeitsbedingungen zu verlangen, um die Kaufkraft der Bevölkerung zu erhalten; um einer möglichst großen Zahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern Verdienst zu verschaffen, wird es den örtlichen Verbänden anheimgestellt, sich über eine zweckmäßige Verkürzung der Arbeitszeit zu verständigen.

Zur Durchführung dieser Maßnahmen bildet die Arbeitsgemeinschaft einen Centralausschuß, dem fünf Mitglieder des Verwaltungsausschusses des Reichsbundes baugewerblicher Arbeitgeberverbände und fünf Vorstandsmitglieder der beteiligten freien, christlichen und H.-D. Gewerkschaften angehören. Es wird beabsichtigt, in den einzelnen Provinzen Bezirksausschüsse und in den größeren Arbeitsorten örtliche Ausschüsse in ähnlicher Zusammensetzung zu bilden, welche sich in dauerndem Zusammenarbeiten der Durchführung dieser Maßnahmen widmen werden.

Dem Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände gehören rund 60 000 Arbeitgeber an, den beteiligten Gewerkschaften rund eine Million Arbeiter."

Der vorstehend erwähnte Centralausschuß der Arbeitsgemeinschaft wurde sofort konstituiert und ein für die Ausführung der gefassten Beschlüsse und in Aussicht genommenen Maßnahmen bestimmtes Organ eingesetzt, das aus je einem Unternehmer- und Arbeiterbeauftragten besteht und mit gewissen Vollmachten ausgestattet wurde. Die praktische Tätigkeit soll sofort aufgenommen werden.

An den Mitgliedern der beiderseitigen Verbände im ganzen Reiche wird es nun zunächst liegen, die in der Vereinbarung der Vorstände vorgesehenen Provinz- und Ortsausschüsse sofort zu bilden und in Tätigkeit treten zu lassen. Es gibt der Aufgaben so viele und so mancherlei, daß man hoffen darf, die

möchten überall verständnisvolle Anerkennung und Unterstützung finden.

### Gemeinsame Arbeitsbeschaffung im deutschen Tapezierergewerbe.

Die Vorstände des Bundes deutscher Tapeziererinnungen und des Verbandes der Tapezierer haben eine gemeinsame Kundgebung zur Beschaffung von Arbeit erlassen. Zur Vinderung der Notlage werden folgende Maßnahmen empfohlen:

1. An die Stadtverwaltungen in ihrer Eigenschaft als Arbeit- und Auftraggeber ist das Ersuchen zu richten, alle aus Anlaß des Krieges unterbrochenen Bauten und die noch nicht begonnenen Arbeiten, zu denen innerhalb des Haushaltplans Mittel vorhanden sind, unverzüglich in Angriff zu nehmen.

2. Bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten und freihändiger Aufträge an das Tapezierer- und Dekorationsgewerbe durch die Stadtverwaltungen ist darauf hinzuweisen, daß möglichst viel Handwerksmeister berücksichtigt werden.

3. Was zu 1 und 2 gesagt ist, gilt auch für den Staat. Auch dieser darf es nicht daran fehlen lassen, der Erwerbslosigkeit des Handwerks zu feuern und damit der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten.

4. An die Militärverwaltungen ist das dringende Ersuchen zu richten, die Matrasenarbeiten den Berufsinnungen und Genossenschaften oder selbständigen Berufsangehörigen zu übertragen.

5. Es sind zu 1, 2 und 3 gemeinsame Eingaben an die Stadtverwaltungen und alle in Betracht kommenden Staats- und Militärbehörden zu richten, die Bau- und sonstigen Arbeiten fortzuführen, neue zu beginnen und die vorkommenden Tapezierer-, Polsterer- und Dekorationsarbeiten möglichst sofort in Auftrag zu geben.

6. Das private Publikum muß ebenfalls veranlaßt werden, dem Tapezierergewerbe Aufträge zukommen zu lassen. Hier sind gemeinsame Kundgebungen in der Tagespresse, von den örtlichen Vorständen unterzeichnet, angebracht.

7. Für die einzelnen Betriebe ist zu empfehlen: Weitere Entlassungen von Arbeitern sollten nicht erfolgen, bevor nicht die Arbeitszeit entsprechend gekürzt ist.

8. Sind eilige umfangreiche Aufträge vorhanden, so sind keine Ueberstunden zu machen, sondern Doppelschichten einzuführen, um möglichst vielen Gehilfen Arbeitsgelegenheit zu geben.

9. Die bestehenden Tarifverträge sind in allen Fällen aufrechtzuerhalten. Die Tarifverträge müssen ihre Gültigkeit behalten, damit nach dem Einsetzen besseren Geschäftsganges geordnete Arbeits- und Lohnverhältnisse vorhanden sind.

10. Zur Durchführung der vorstehenden Kundgebung ist erforderlich, daß die Vorstände aller Verbandsinnungen, Verbände, Vereinigungen und Ortsgruppen mit den Vorständen der örtlichen Gehilfenvereinigungen schnellstens zusammentreten, um in gemeinsamer Beratung und Beschlusfassung die den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Eingaben und Kundgebungen an die Stadtverwaltungen, an Staats- und Militärbehörden sowie an die Tageszeitungen zu erlassen.

### Kartelle und Sekretariate.

#### Gewerkschaftshäuser als Lazarette.

Das Volkshaus in Lauban ist der Armeeverwaltung als Lazarett zur Verfügung gestellt und übernommen worden.

werden, wie sie treffend hervorheben, die Gemeinden dafür zu sorgen haben, daß die Unterstützung im ausreichenden Maße und unter Formen gewährt wird, die dem Umstande Rechnung tragen, daß es sich nicht um Armenunterstützung im landläufigen Sinne handelt. Dabei rechne ich darauf, daß die Bundesstaaten bestrebt sein werden, den Gemeinden, soweit die Geldbeschaffung Schwierigkeiten macht, mit ihrem Kredit beizuspringen, zumal sich meines Erachtens das Reich nach beendeten Kriege einer Prüfung nicht wird entziehen können, inwieweit es sich seinerseits an der Unterstützung Beitragsschwacher Gemeinden beteiligen muß. (gez.) v. Bethmann Hollweg."

Die öffentliche Bekanntgabe dieses Schreibens beweist, daß auch der Reichskanzler der Meinung ist, daß seine Antwort sich nicht nur an die beiden Unterzeichner der erwähnten Eingabe, sondern an das ganze Volk richtet, also auch an die Arbeitslosen selbst. Leider bedeutet sie für diese eine große und schmerzliche Enttäuschung.

Es braucht hier nicht nochmals betont zu werden, daß die Arbeitslosen in erster Linie nicht eine finanzielle Unterstützung, sondern Arbeitsgelegenheit, die Möglichkeit zu lohnender und nutzbringender Arbeit fordern müssen. Es ist aber genugsam bekannt und braucht daher auch nicht nochmals durch Zahlen belegt zu werden, daß seit Ausbruch des Krieges Hunderttausende Arbeiter leider vergeblich nach Arbeit suchen. Diese gilt es durch Gewährung von Unterstützung vor Hunger und Verelendung zu bewahren.

Die Gewerkschaften haben ihre Mittel in weitestem Umfange für die Arbeitslosenunterstützung zur Verfügung gestellt. Fast alle Verbände haben die übrigen Unterstützungsarten aufgehoben oder erheblich eingeschränkt, um ihre finanzielle Hilfe den arbeitslosen Mitgliedern desto länger gewähren zu können. Aus dem gleichen Grunde sind auch die Wochenbeträge der Arbeitslosenunterstützung zum größten Teil noch gekürzt worden, aber trotzdem beläuft sich die Summe, die von den Gewerkschaften in jeder Woche an die Arbeitslosen ausgezahlt wird, auf über 1½ Millionen Mark, für die ganze Dauer des Krieges bisher auf rund zwanzig Millionen Mark.

Es ist klar, daß die Gewerkschaften diese gewaltige Belastung auf lange Zeit nicht allein zu tragen vermögen. Dazu kommt aber noch, daß bei der langen Dauer der Arbeitslosigkeit die gewerkschaftliche Unterstützung, zumal in der jetzigen reduzierten Höhe, auch nicht ausreicht, um den Arbeitslosen mit ihren Familien die nackte Existenz zu sichern. Deshalb haben die Gewerkschaften auch bereits am 17. August auf einer Vorstandskonferenz beschlossen, die Generalkommission zu beauftragen, mit dem Reichsamt des Innern unter anderem wegen Einführung einer öffentlichen Arbeitslosenunterstützung nach dem Genter System in Verhandlung zu treten. Ueber das Resultat dieser Verhandlungen ist in Nr. 35 des „Corr.-Bl.“ berichtet worden.

Aus der obigen Antwort des Reichskanzlers erfahren wir jetzt, daß die genannten beiden Herren vom Vorstand der Gesellschaft für soziale Reform sich anscheinend in der gleichen Richtung direkt bei dem verantwortlichen Leiter der Reichsregierung bemüht haben. Dafür schulden wir den Herren unseren Dank. Aber mit der Antwort des Reichskanzlers können wir nun und nimmer zufrieden sein. Wir müssen leider daraus ersehen, daß alles beim Alten

bleiben soll, trotz des Krieges und seiner Begleiterscheinungen, die auf den Kanzler in dieser Hinsicht anscheinend keinerlei Einfluß ausgeübt haben. In erster Linie werden die Gemeinden für die Arbeitslosen zu sorgen haben, die Bundesstaaten werden bestrebt sein, den Gemeinden mit ihrem Kredit beizuspringen, und das Reich wird nach dem Kriege prüfen, inwieweit es seinerseits die schwachen Gemeinden unterstützen will — das ist alles, was der Kanzler den Arbeitslosen jetzt versprechen kann? Damit ist aber niemand geholfen. Denn wird der überaus schwache Trost, daß das Reich nach dem Krieg vielleicht einen Zuschuß gewährt, viele Gemeinden ermutigen, den Arbeitslosen jetzt schon Unterstützung zu gewähren? Ich glaube im Gegenteil, daß die Gemeinden und ebenso auch die Bundesstaaten die Antwort des Reichskanzlers genau wie wir als eine glatte Ablehnung überhaupt auffassen werden.

Wir wissen allerdings nicht, welche Verfügungen der Kanzler etwa schon erlassen hat oder doch wenigstens plant. Wünschen aber müssen wir in jedem Falle, daß er sich nicht mit dieser Antwort an v. Berlepsch begnügt. Es ist gewiß nicht Eigenname der Gewerkschaften, wenn sie die Hilfe des Reiches in dieser schweren Zeit für sich und ihre Mitglieder anrufen, sondern es ist die große Sorge um die Arbeitslosen, die zugleich auch eine Sorge um das Wohl des Vaterlandes ist. So wenig wie das Reich die Bewaffnung und Verpflegung der Soldaten und die Unterstützung ihrer Familien den Gemeinden überlassen hat, darf es die so hart vom Krieg betroffenen Arbeitslosen an die vielfach leider so schwachen Gemeinden verweisen. Schon hat der Krieg ein Vierteljahr gedauert, und wieviele Gemeinden haben sich in dieser langen Zeit zur Einführung einer Arbeitslosenunterstützung aufschwringen können? Die Zahl ist so verschwindend klein, daß sie nicht der Erwähnung wert ist.

Die Sorge um das Wohl des Reiches liegt dem Kanzler gewiß am Herzen, daran kann niemand zweifeln. Möge er dann aber auch unsere Hoffnung, die Hoffnung der Hunderttausende, die infolge der Arbeitslosigkeit dem größten Elend preisgegeben sind und dem Winter nur mit Grauen entgegensehen können, nicht enttäuschen. Wieviel Krieger draußen im Feld sind Söhne oder Brüder dieser Arbeitslosen, denen es auch eine Beruhigung wäre, wenn sie wüßten, daß das Reich ihre Angehörigen und Verwandten daheim in ihrer Not nicht verläßt.

Aber auch die Wirkung auf die im Reiche zurückbleibenden Arbeiter sollte der Reichskanzler nicht außer acht lassen. Das Reich wird nicht nur im Felde mit den Waffen und der Einsetzung des Lebens — es wird auch daheim mit der Aufbietung aller Kräfte für die unge störte Erhaltung der Volkswirtschaft, die zur Ausrüstung und Verpflegung der Truppen wie zur ausreichenden Versorgung aller Glieder des Volkes notwendig ist, und mit der Einmütigkeit aller Volkskreise gegen die den Frieden bedrohenden feindlichen Mächte verteidigt. In beiderlei Hinsicht ist es von der allergößten Bedeutung, daß die Arbeitslosen unverzüglich die nötigen Subsistenzmittel durch Reichshilfe erhalten. Denn die Volkswirtschaft leidet ganz enorm unter der Massenarbeitslosigkeit, die sich wie ein Bleigewicht an alles hängt, die das geringe Einkommen der Arbeitenden aufzehren hilft, die alle Quellen des Credits erschöpft und ein unübersteigbares Hindernis ist für die Neubelebung des Absatzes und der

Krieges und auf die Grausamkeiten der deutschen Kriegführung, vor allem aber auf die Belgien gegenüber begangene Neutralitätsverletzung hingewiesen, während man die Augen für alles Unrechte, das auf der anderen Seite geschah, absichtlich verschloß.

Dieser allgemeinen erregten Stimmung hat sich leider auch die italienische Arbeiterchaft nicht entziehen können, obgleich man annehmen sollte, daß das jahrelange intime Zusammenarbeiten zwischen den deutschen und italienischen Genossen, sowohl auf politischem wie auch auf gewerkschaftlichem Gebiet, dann aber auch die regelmäßige Anwesenheit von großen Massen italienischer Arbeiter in Deutschland, dieses verhindern mußte. Man hat anscheinend in der italienischen Arbeiterbewegung Deutschland und Oesterreich gegenüber jedes gemeinschaftliche und freundschaftliche Gefühl verloren und in direkter Beschimpfung der Arbeiterchaft dieser Länder so erhebliches geleistet, daß bereits verschiedene Partei- und Gewerkschaftsblätter in Deutschland in scharfer Weise dagegen protestiert haben. Inzwischen haben die italienischen Parteinstanzen auf besonderen Kongressen zu der Frage Stellung genommen. Während die radikale sozialdemokratische Partei sich in entschiedener Weise für die Aufrechterhaltung der Neutralität ausgesprochen hat, nimmt die sogenannte revisionistische Partei einen entgegengesetzten Standpunkt ein; sie will von einer „Neutralität unter allen Umständen“ nichts wissen. Und wenn die radikale sozialistische Partei sich für unbedingtes Festhalten an der Neutralität ausgesprochen hat, so hat doch der leitende Redakteur des offiziellen Parteiblattes, des „Avanti“, in einem veröffentlichten Privatgespräch keinen Zweifel darüber gelassen, daß er anderer Meinung ist und daß er lieber sähe, wenn sich Italien aktiv auf die Seite der Gegner von Deutschland und Oesterreich stellen würde.

Was uns hier besonders interessiert, ist das Verhalten der italienischen Gewerkschaften und besonders der italienischen Gewerkschaftscentrale, die sich in den letzten drei Nummern ihres Blattes mit dem Kriege beschäftigt und mit deren scharfen Angriffen auf die deutsche Arbeiterchaft wir uns notgedrungen etwas ausführlicher auseinandersetzen müssen.

Im Blatt der italienischen Gewerkschaftscentrale, der „Confederazione del Lavoro“, vom 1. September befindet sich ein Artikel des Generalsekretärs Rigola, der sich mit dem Kriege befaßt. Unter anderem wird folgendes ausgeführt:

„Das Ergebnis des Krieges muß die Niederwerfung des deutschen Feudalismus und die Auflösung des österreichisch-ungarischen Staates sein, um den Zusammenschließungsprozeß der Nationen in ihren natürlichen Grenzen zu beschleunigen, eine Zusammenschließung, die im Interesse des internationalen Zusammenarbeitens und der allgemeinen Abrüstung unerläßlich ist.

Es stehen sich hier zwei Prinzipien gegenüber: das eine, das sich auf den Militarismus, auf den Feudalismus und Despotismus stützt und das andere, das sich stützt auf die Demokratie. Die Wahl zwischen diesen beiden kann für uns nicht zweifelhaft sein.

Indem eine Unterstützung der beiden Centralmächte unbedingt ausgeschlossen ist, sehen wir auch nicht die Notwendigkeit für Italien, im Interesse der Triple-Entente das Schwert zu ziehen, wenigstens so lange nicht, wie diese nicht ihren Gegnern zu unterliegen droht.

Wiederholen wir: Die Klasse, der wir angehören, unsere Geschichte, unsere demokratische Ver-

fassung führen uns dazu, so ernstlich wie möglich den Sieg der Triple-Entente herbeizuwünschen, weil wir hoffen, daß dieses den demokratischen Geist stärken und den durch die beiden Centralländer repräsentierten Feudalismus und angreifenden Militarismus schwächen wird. Wir glauben, daß dieses auch im Interesse des Proletariats liegt, das Wilhelm und Franz Josef untertan ist und gegen das wir keinen Groll hegen.“

Dieser ruhigen Darstellung von Rigola gegenüber hätte man in derselben ruhigen Weise unseren entgegengesetzten Standpunkt vertreten können. Nun enthielt aber dieselbe Nummer des Blattes in ganz auffälliger Schrift eine Notiz, die in Deutschland allgemeine Entrüstung unter der Arbeiterchaft ausgelöst hat. Die Notiz lautet:

„Teutonische Kultur und Zivilisation. Die Nachrichten, die aus Belgien, dem interessantesten Kriegsschauplatz, eintreffen, überraschen, rühren und entrüsten. Die Ritter der teutonischen Kultur und Zivilisation begehen Scheußlichkeiten, die unter die niedrigsten und abstoßendsten Grenzen des Erlaubten und Unerlaubten, des Glaublichen und des Unglaublichen hinabgehen.

Neutralität, Völkerrechte und Verträge werden in zynischer und frecher Weise verletzt und aufgehoben; Scharen von Greifen, Weibern und Kindern mit den Bajonetten vor den deutschen Truppen hergetrieben, um auf die Feinde einen expresserischen Druck auszuüben und sie ungestraft schlagen zu können; Städte dem Boden gleichgemacht und Kunstwerke zerstört; räuberische Brandschatzungen der Städte und der als Geiseln gehaltenen Bürger: das sind die großen Kultur- und Zivilisationstaten, die von den teutonischen Vandalen, Barbaren und Briganten in Belgien verrichtet werden.

Es wäre nützlich, zu wissen, was die deutschen Sozialisten und Gewerkschaftler denken, sagen und tun diesen Dingen gegenüber; denn es widerstrebt uns, an ihre Einwilligung, Mitschuld und Mitverantwortlichkeit zu glauben.

Aus diesen scheußlichen Taten der Barbarei, des Vandalismus und des Brigantentums enthüllt sich das, was man ironischerweise deutsche Kultur und Zivilisation nennen kann.

Sinweg damit!

Diese Notiz hat bereits zu einer lebhaften Abwehrbewegung in der deutschen Gewerkschaftspresse geführt, auf die wir in einem zweiten Artikel zurückkommen wollen.

## Gesetzgebung und Verwaltung.

### Eine Forderung an den Reichskanzler.

Die Herren Staatsminister v. Berlepsch und Professor Dr. Franke haben in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform am 21. September eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, in welcher sie um Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeitslosen durch das Reich baten. Der Reichskanzler hat darauf am 9. Oktober aus dem Großen Hauptquartier an Freiherrn v. Berlepsch eine Antwort erteilt, welche die „Nordd. Allgem. Zeitung“ in folgendem Wortlaut veröffentlicht hat:

„Euer Erzellenz geneigtes Schreiben vom 21. September, das Sie gemeinschaftlich mit Professor Franke an mich gerichtet, gelangte in meine Hände. Ich bin ebenso wie Sie davon durchdrungen, daß alles geschehen muß, um diejenigen unserer Volksgenossen, die der Krieg erwerbslos gemacht hat, vor Not zu schützen. In erster Linie

glieder bezahlt wurde. Welche Familie wird sich nicht bedürftig fühlen, wenn der Ernährer monatelang im Felde steht?

Die Aufhebung der Krankenunterstützung für die Dauer des Krieges führte nirgends zu unüberwindlichen Schwierigkeiten. Die kranken Mitglieder sahen ein, daß sie mit der Unterstützung, die sie von den Ortskrankenkassen erhalten, immer noch besser daran sind wie die Arbeitslosen, die eben nur auf die Unterstützung ihrer Organisation angewiesen sind. Anders liegen die Dinge bei der Verweigerung der Bezahlung von Unterstützung an die Familien der eingezogenen Mitglieder. Hier erwachsen den Gewerkschaften jetzt schon große Schwierigkeiten, die sich nach dem Kriege noch steigern werden. Zahlreich sind die Frauen, die erklären, daß sie dafür sorgen werden, daß ihre Männer nach dem Kriege keinen Pfennig Beitrag mehr bezahlen. Die Erfahrung zeigt täglich, daß sie ihre Drohung jetzt schon dadurch wahr zu machen bestrebt sind, daß sie ihre Männer im Felde entsprechend berichten, die dann voller Entrüstung über die Gewerkschaften in ihren Mitteilungen nach Hause schimpfen, die doch an den Verhältnissen, wie sie die Kriegslage nun einmal leider mit sich bringt, völlig unschuldig sind.

Noch schlimmer ist jedoch, daß nicht wenige Frauen die in Arbeit stehenden Mitglieder auffordern, keine Beiträge mehr zu zahlen. Wenn man auch hoffen darf, daß es gelingt, die vom Kriege Heimkehrenden zu überzeugen, daß die Gewerkschaften nicht anders handeln konnten, und die Zahl derer, die sich abhalten lassen, ihre Beiträge zu bezahlen, nicht allzu groß werden wird, so darf man doch nicht verkennen, daß aus der Tätigkeit vieler Frauen im geschilderten Sinne den Gewerkschaften eine nicht zu unterschätzende Gefahr für ihren Bestand und ihre Aktionsfähigkeit nach dem Kriege droht. Dieser Gefahr durch mündliche und schriftliche Aufklärung zu begegnen, muß demnach eine Hauptaufgabe sein.

Es muß allen Beteiligten klargemacht werden, daß die Gewerkschaftsorganisationen für den Frieden und nicht für den Kriegsfall geschaffen sind. Dies ergibt sich ja schon daraus, daß ihre Statuten keinerlei Unterstützung für den Kriegsfall vorsehen und Rechte und Pflichten für die Dauer militärischer Dienstleistungen ruhen. Aber selbst wenn die Gewerkschaften ihre Unterstützungseinrichtungen auf die Familien ihrer zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder ausdehnen wollten, so müßte ein solches Verfahren an der finanziellen Leistungsfähigkeit scheitern und würde bei einer 4 bis 5 Monate langen Dauer des Krieges unabwendbar zur völligen Ruinierung ihrer Kassen und sicheren Auflösung führen.

Hätten die Gewerkschaften nur mit der Unterstützung der Familien ihrer eingezogenen Mitglieder zu rechnen, so ließe sich darüber reden. Zu diesen kommen aber noch viele Tausende, die durch den Krieg völlig erwerbslos geworden sind, die die Gewerkschaften nicht im Stich lassen dürfen. Der arbeitslose Familienvater hat leider keinen Anspruch auf Unterstützung durch den Staat, auch kein Unternehmer wird ihm einen Zuschuß leisten, wie dies zum Teil an die Familien der Eingezogenen geschieht. Der Arbeitslose wird deshalb in allen Fällen schlimmer daran sein.

Welch enorme Summen von den Gewerkschaften aufgebracht werden müssen zur Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder, dafür nur einige Beispiele. Nach der Nr. 40 des „Correspondenzblattes“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands

vom 3. Oktober d. J. hatten Arbeitslose zu Anfang September 1914:

Verband der	Zahl der Arbeitslosen	Arbeitslosenunterstützung pro Woche Mark
Bauarbeiter . . . . .	43 225	250 000
Buchdrucker . . . . .	16 855	175 000
Fabrikarbeiter . . . . .	23 788	97 175
Holzarbeiter . . . . .	51 370	213 000
Metallarbeiter . . . . .	76 206	436 752
Textilarbeiter . . . . .	29 721	82 274
Transportarbeiter . . . . .	16 682	54 770
Zusammen . . . . .	257 847	1 308 971

Diese 7 Gewerkschaften hatten also zu Anfang September 257 847 Arbeitslose, die so gut wie ausschließlich auf die Unterstützung ihrer Organisationen angewiesen waren. Die hierfür notwendige Unterstützungssumme beziffert sich auf nicht weniger als 1 308 971 Mk. pro Woche. Wenn auch die Zahl der Arbeitslosen in den letzten Wochen erfreulicherweise etwas zurückgegangen ist, so sind heute die Zeiten für die Gewerkschaften nicht minder ernst und stellen sie angesichts des vor der Tür stehenden Winters auf eine harte Probe.

Allein diese 7 Gewerkschaften benötigen allwöchentlich über eine Million Mark zur Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung. Daß bei dieser gewaltigen Belastung des Vermögens der Gewerkschaften diese nicht instande sind, auch noch eine fortlaufende Familienunterstützung zu zahlen, ergibt sich nach dem Gesagten von selbst. Wohl die meisten, die ein solches Verlangen stellen, sind sich weder über die finanzielle Wirkung ihres Verlangens noch über das Vermögen ihrer Organisation im Klaren. Eine kleine Aufstellung mag darüber Aufschluß geben.

Verband der	Zu Anfang September waren zum Kriegsdienst eingezogen	Dabon waren verheiratet
Bauarbeiter . . . . .	109 000	87 200
Buchdrucker . . . . .	12 714	6 900
Fabrikarbeiter . . . . .	44 429	32 000
Holzarbeiter . . . . .	44 060	30 400
Metallarbeiter . . . . .	131 891	?
Textilarbeiter . . . . .	12 165	9 092
Transportarbeiter . . . . .	61 247	40 829
Zusammen . . . . .	415 506	206 421

Diese Zahlen sind recht unvollkommen, da seit Anfang September fortgesetzt Einberufungen stattgefunden haben. Immerhin zeigen sie, daß die aufgeführten Gewerkschaften Anfang September 415 506 Mitglieder hatten, die zum Kriegsdienst einberufen waren. Nimmt man an, daß unter den 131 891 eingezogenen Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes nur 50 000 Verheiratete sind, so ergibt dies 256 421 verheiratete Gewerkschaftsmitglieder der 7 benannten Verbände. Wollten sie dem Verlangen auf Einführung einer fortlaufenden Unterstützung an die Familien der Eingezogenen entsprechen und dafür nur 10 Mk. pro Monat in Rechnung stellen, so hätten sie neben einer Million Arbeitslosenunterstützung pro Woche noch 2 564 210 Mk. für Familienunterstützung jeden Monat aufzuwenden. Dies ist nicht möglich, weil es ihre Kräfte übersteigt.

Bei der Frage der Gewährung oder Nichtgewährung von Familienunterstützung durch die Gewerkschaften kommt noch ein weiteres ausschlag-

Produktion. Und es trägt wahrlich nicht zur Einmütigkeit aller Volkskreise bei, deren bester Ausdruck die auch vom Reichskanzler so froh begrüßte Kundgebung des Reichstages vom 4. August d. J. war, — wenn ein erheblicher Teil des Volkes infolge des Krieges in ein von Tag zu Tag sich aussichtsloser gestaltendes Elend hineingedrängt wird.

Die Arbeitslosenversicherung aus Mitteln des Reiches ist eine unumgängliche soziale Pflicht, deren Erfüllung schon im Interesse des Reiches mit aller Entschiedenheit gefordert werden muß. Sie darf nicht zurückstehen hinter der Pflicht des deutschen Volkes, sein Vaterland zu verteidigen, sondern sie ergibt sich wie diese aus der gleichen Ursache mit derselben gebieterischen Notwendigkeit. Ebenso voraussetzungslos, als die deutsche Arbeiterchaft ihrer nationalen Pflicht, das Vaterland und das deutsche Volkstum zu verteidigen, genügt hat, darf sie auch erwarten, daß das Reich seiner sozialen Pflicht, für die Arbeitslosen in ausreichender Weise zu sorgen, gerecht wird. Nur aus der gegenseitigen Pflichterfüllung kann das Vertrauen erwachsen, daß das deutsche Volk seinen an Zahl überlegenen Gegnern widerstehen und ihre gegen die deutsche Volkswirtschaft gerichteten Maßnahmen unschädlich machen kann.

L. h. Leipzig.

### Die bayerische Kriegsverwaltung gegen Gehalts- und Lohnherabsetzungen.

Am 20. Oktober hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion eine Eingabe an das bayerische Kriegsministerium gerichtet, in der auf gewerkschaftliche Beschwerden gegen Lohnrückereien von Lieferanten für Kriegsmaterialien, besonders in der Geschosforbindustrie, hingewiesen und um geeignete Maßnahmen gegen diese Unternehmer gebeten wird.

Das bayerische Kriegsministerium hat nun die Stellen, die militärische Aufträge zu verzeichnen haben, angewiesen, allen Beschwerden über Gehaltsföhrungen bei liefernden Firmen nachzugehen. Alle Lieferungsverträge müssen die Bedingung enthalten, daß Gehalts- oder Lohnherabsetzungen ausgeschlossen sind. Bei Zuwiderhandlungen der Lieferanten hat die Militärverwaltung das Recht, vom Vertrage zurückzutreten, ohne daß dem Lieferanten ein Entschädigungsanspruch zusteht. Unternehmer, die die durch den Krieg geschaffenen besonderen Verhältnisse zur Ausbeutung der Angestellten und Arbeiter ausnützen, werden von jeder Lieferung ausgeschlossen.

### Russische Kriegsgefangene als Landarbeiter.

Wiederholt ist den Vertretern der Gewerkschaften vom Reichsamt des Innern die Zusicherung gegeben worden, daß nicht beabsichtigt werde, Kriegsgefangene mit Arbeiten zu beschäftigen, die eine Konkurrenz gegen deutsche Arbeiter bedeute und Arbeitslose benachteiligen müssen. Trotz dieser Erklärungen von zuständiger Stelle dringen jetzt Klagen in die Öffentlichkeit, daß kriegsgefangene Russen, und zwar Soldaten, nicht Wanderarbeiter, den Gutsbesitzern und Domänenpächtern zu Landarbeiten überlassen worden sind.

In Gruppen von je ungefähr 30 Mann arbeiten Kriegsgefangene in Niederlandin, Kreis Angermünde, Blumenhagen bei Pasewalk; Güterberg, U.-M.; Pohlsw, Kreis Templin; Bredbin, Kreis Ostprignitz; Pinnow, Kreis Angermünde; Zollen, Kreis Soldin; Glasow, Kreis Soldin; Wuthenow, Kreis Soldin. Die Bewachung dieser Arbeitskolonnen geschieht durch Landsturmmannschaften.

Nach den für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgeesehenen Maßnahmen sollte die Beschäftigung von Kriegsgefangenen nur für die Entwässerung gewisser Moore, also für Arbeiten, die sich für deutsche Arbeiter wenig eignen, zugelassen werden. Um solche Arbeiten handelt es sich aber in den vor genannten Fällen nicht, sondern um Ernte- und gewöhnliche Landarbeiten, für die deutsche Arbeiter genügend zur Verfügung stehen. Wenn von den Gutsbesitzern und Landwirten nicht soviel vaterländisches Empfinden erwartet werden kann, daß sie einheimische Arbeitskräfte, die durch den Krieg in Not geraten sind, in Arbeit nehmen, so sollte man wenigstens von deutschen Regierungsbehörden erwarten können, daß sie solchen unverantwortlichen Neigungen der Agrarier nicht noch Vorschub leisten.

## Arbeiterbewegung.

### Die Unmöglichkeit der Familienunterstützung durch die Gewerkschaften.

Daß der Weltkrieg die Gewerkschaften vor eine schwierige Aufgabe gestellt hat, die nur durch die opferfreudigste Hingabe der Zurückgebliebenen befriedigend gelöst werden kann, darüber ist man sich allenthalben klar. Manah einer, der jahrzehntelang seiner Gewerkschaft alles gegeben hat, bis sie groß und stark war, sieht heute mit Schmerz diese Mühen und Opfer scheinbar vergeblich gebracht und die erzielten Erfolge mit Vernichtung bedroht.

Ein Glück für die deutsche Arbeiterschaft, daß die Gefahren für den Bestand der Gewerkschaftsorganisationen nur vorübergehende sind. Täglich gibt es erhebende Beweise, daß der Krieg die Opferfreudigkeit der Gewerkschaftsmitglieder nicht erschüttert hat, daß noch eine stattliche Schar von Mitgliedern vorhanden ist, die bereit und entschlossen ist, durchzuhalten, komme was da kommen mag. Dieser Teil bürgt für den Bestand der Organisationen und wird so zu einem Kulturträger im wahrsten Sinne des Wortes.

Die Gefahren, die den Bestand der Organisationen bedrohen und ihre Aktionsfähigkeit nach dem Kriege merklich zu beeinträchtigen geeignet sind, bestehen in der zeitweiligen Aufhebung einiger Unterstützungsarten und der Ablehnung der Bezahlung einer regelmäßigen wöchentlichen oder monatlichen Unterstützung an die Familien der Mitglieder, die zum Kriegsdienst einberufen wurden. Gefündigt wurde hier auch seitens der Centralvorstände, die reichlich 6 Wochen Zeit brauchten, bis es zu einer einheitlichen Beschlußfassung über die Bezahlung oder Nichtbezahlung von Unterstützung an die Familien der Eingezogenen kam. Während die Centralvorstände der meisten Gewerkschaften sich auf den Standpunkt stellten, daß es erstens Aufgabe des Staates und der Gemeinden sein müsse, für die Familien der Eingezogenen zu sorgen, und zweitens die Gewerkschaften gar nicht in der Lage seien, die notwendigen Mittel für die Familienunterstützung neben der Unterstützung für die Arbeitslosen aufbringen zu können, ohne daß die Gewerkschaften in wenigen Monaten finanziell ruiniert wären, haben einige Centralvorstände alsbald nach Kriegsausbruch beschlossen, den bedürftigen Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder fortlaufende wöchentliche Unterstützungen zu zahlen. Dies hat in der ganzen deutschen Gewerkschaftsbewegung verwirrend gewirkt und wurde auch dadurch nicht besser, als die Unterstützung nur an bedürftige Familien eingezogener Mit-

gebendes Moment hinzu, das von den Unterstützungsfordernden völlig außer acht gelassen wird. Es ist dies der durch den Krieg bedingte und sich ständig verschärfende Einnahmeausfall. Nimmt man an, daß die 415 506 eingerückten Mitglieder und die 257 847 Arbeitslose, die die 7 angeführten Verbände zu Anfang September hatten und im Durchschnitt bis zum Kriegsausbruch nur 60 Pf. Wochenbeitrag zahlten, so bedeutet dies eine fortlaufende Mindereinnahme von 384 011 Mk. für jede Woche seit Anfang August. Nimmt man weiter an, daß ein Teil der Arbeitslosen ihre Beiträge bezahlt und die Zahl der Arbeitslosen zurückgegangen ist, so wird die Rechnung doch stimmen, da seit Anfang August bis Mitte Oktober zweifellos mehr zum Kriegsdienst eingezogen wurden als arbeitslose Gewerkschaftsmitglieder Arbeit gefunden haben.

Zu diesen beiden Gruppen der zum Kriegsdienst eingezogenen und der arbeitslosen Mitglieder kommt noch eine dritte, die in allen Gewerkschaften und Gewerkschaftseinrichtungen leider in viel größerer Zahl vorhanden ist, als gemeinhin angenommen wird. Es ist die Gruppe der ängstlichen Gemüter, die glauben, jetzt geht die Welt unter, denen sich diejenigen zugesellen, deren Solidaritätsgefühl genau so lange vorhielt, als sie hoffen konnten, die eingezahlten Beiträge wieder doppelt und dreifach herauszuholen. Die Haltung dieser, die alle in Arbeit stehen und den Gewerkschaften in der Zeit der Not ihre Beiträge verweigern, trägt zu einem wesentlichen Teil dazu bei, daß für die Familien der Eingezogenen seitens der Gewerkschaften nicht mehr getan werden kann, als was bereits geschehen ist. Wenn diejenigen, die die Bezahlung der Beiträge verweigern, dies mit dem Hinweis begründen, es werde ja auch keine Unterstützung an die Familien der eingezogenen Mitglieder bezahlt, so geschieht dies zu einem sehr durchsichtigen Zweck. Sie schämen sich ihrer unschönen und unsolidarischen Handlungsweise vor ihren im Felde stehenden Kameraden und deren Familien und glauben sich so am besten von ihren Verpflichtungen als seither organisierte Arbeiter drücken zu können.

Mit diesen Darlegungen dürfte wohl der Beweis erbracht sein, daß die Einführung und Bezahlung auch der bescheidensten Unterstützung an die Familien der eingezogenen Gewerkschaftsmitglieder nicht möglich ist. Der Gedanke, die Unterstützung der Arbeitslosen zugunsten der Familien der eingezogenen Mitglieder ganz aufzuheben, ist so absurd, daß er gar nicht in den Bereich der Berechnung und Erwägung gezogen werden kann. Die Arbeitslosen, ob ledig oder verheiratet, sind und bleiben die Schicht des Volkes, die unter den Kriegswirren am meisten leiden, wenn man von den von einer feindlichen Invasion betroffenen Volksteilen abzieht. Die Einführung einer fortlaufenden Unterstützung an die Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder ist aber nur möglich um den Preis der Vernichtung der deutschen Gewerkschaften. Dies wäre aber für die Arbeiterchaft ein ebenso großes Unglück wie es dieser Krieg selbst ist. Vor diesem muß sie bewahrt werden, selbst auf die Gefahr hin, daß größere Teile der Arbeiterchaft die für den Bestand der Gewerkschaften über den Krieg notwendigen Maßnahmen nicht verstehen können.

A. Dreher.

### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Ueber den Stand des Verbandes der Bäcker im zweiten Kriegsmonat berichtet die „Bäcker- und Konditorenzeitung“. Eingezogen waren insgesamt 9920 Mitglieder, das sind 34 Proz. Von den Eingezogenen waren 5471 Familienväter, die insgesamt 7213 Kinder zu ernähren haben. Die nach Abzug der Eingezogenen am 1. Oktober verbleibende Mitgliederzahl betrug 19 266. Trotz der Kriegszeit sind in einzelnen Bezirken eine ganze Anzahl neuer Mitglieder gewonnen worden.

Der Vorstand des Buchbinderverbandes gibt bekannt, daß er die Auszahlung einer Hinterbliebenenunterstützung für die Angehörigen der im Kriege gefallenen Mitglieder beschlossen habe. Die Auszahlung erfolgt nach den Bestimmungen des Statuts, die Unterstützungssätze werden aber, wie bei den anderen Unterstützungsarten auch, auf die Hälfte gekürzt.

Der Verband der Buchdrucker veranstaltet am 31. Oktober eine statistische Erhebung über die Beschäftigung seiner Mitglieder sowie über die ausbezahlten Unterstützungen, die Zahl der Einberufenen usw. Es soll nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern auch der Umfang des Ausgehens ermittelt werden.

Der Beschluß des Vorstandes der Buchdruckereihilfsarbeiter, einen Extrabeitrag zwecks Unterstützung der Arbeitslosen zu erheben, hat ein so günstiges Ergebnis gezeitigt, daß der Vorstand jetzt mitteilen kann, daß die Arbeitslosenunterstützung auf die Dauer von 20 Wochen gewährt werden soll.

Die Wochenstatistik des Fabrikarbeiterverbandes für die 10. Kriegswche erstreckte sich auf 334 Zahlstellen mit 169 242 Mitgliedern. Von diesen Mitgliedern waren am 10. Oktober 39 933 zum Kriegsdienst eingezogen. Arbeitslos waren 11 147 Mitglieder. Ausgesteuert waren 3950 arbeitslose Mitglieder, die aber auf Grund der gefassten Beschlüsse die Hälfte der statutzgemäßen Unterstützungssätze weiter beziehen. Für diese Unterstützung der Ausgesteuerten verausgabt die Verbandskasse zurzeit wöchentlich rund 20 000 Mk. Die Arbeitslosigkeit ist erheblich zurückgegangen. Am 30. August waren 12,9 Proz. der Verbandsmitglieder arbeitslos, am 10. Oktober dagegen 6,6 Proz. Die Zahl der eingezogenen Mitglieder ist dagegen gestiegen. Am 9. August waren es 19,2 Proz., am 9. Oktober 27,6 Proz.

Vorstand und Ausschuß des Verbandes der Gastwirtschaftsgehilfen haben beschlossen, die Unterstützung bedürftiger Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder vorläufig weiter zu zahlen. Jedoch soll die Unterstützung ab 1. November nicht mehr wöchentlich, sondern monatlich gezahlt werden; sie beträgt von da an monatlich 8 Mk. und für jedes unterhaltspflichtige Kind 1 Mk. extra bis zum Höchstbetrage von zusammen 11 Mk. monatlich. Vom 1. September bis 12. Oktober wurde an zirka 800 Familien 18 000 Mk. gezahlt und an rund 1000 arbeitslose Mitglieder 27 000 Mk.

Die Arbeitslosigkeit der Mitglieder des Handlungsgehilfenverbandes hat im Oktober den befürchteten Umfang nicht erreicht, so daß der Verbandsvorstand beschließen konnte, die Bestimmungen des Statuts über die Krankenunterstützung und Umzugsunterstützung wieder in Kraft zu setzen und die Arbeitslosenunterstützung in einer Höhe von 2,80 Mk. bis 10,50 wöchentlich (pro Tag 40 Pf. bis 1,50 Mk.) zu zahlen.

Die Wochenstatistik des Holzarbeiterverbandes erstreckte sich in der 10. Kriegswoche auf 668 Zahlstellen mit 158 986 Mitgliedern. Die Zahl der Arbeitslosen betrug 33 085 oder 28,1 Proz. der nicht einberufenen Mitglieder. In der Vorwoche waren 29,2 Proz. arbeitslos. Einberufen waren am 10. Oktober 41 070 Mitglieder oder 25,8 Proz. In Arbeit standen 80 998 Mitglieder, davon 38 334 mit voller Arbeitszeit. Der Prozentsatz der beschäftigten Mitglieder hat sich seit dem 22. August ununterbrochen erhöht, und zwar von 56,2 auf 68,7 Proz. am 10. Oktober.

Eine Konferenz der Gauleiter des Verbandes der Lithographen und Steindrucker mit dem Vorstandsvorstand und einem Vertreter des Ausschusses tagte am 8. Oktober in Berlin. Die Konferenz faßte folgenden Beschluß: „In Anbetracht der gegenwärtigen Lage des Verbandes wird die Weiterzahlung der bisherigen Unterstützung, an einem vom Hauptvorstand festzusetzenden Termine, eingestellt. Die in Arbeit befindlichen Mitglieder zahlen den Beitrag weiter. Die Arbeitslosenunterstützung auf centraler Grundlage wird, da die Mittel dazu nicht ausreichen, aufgehoben. Die Regelung der weiteren Unterstützung erfolgt auf lokaler Basis, wobei insbesondere zu prüfen ist, ob aus öffentlichen Mitteln Unterstützung an die Arbeitslosen gezahlt wird. Den Mitgliedschaften bleibt es unbenommen und überlassen, durch lokale Extrasteuern Unterstützungen zu zahlen.“

Die Statistik des Metallarbeiterverbandes für die 9. Kriegswoche erstreckte sich auf 419 Verwaltungsstellen mit 357 682 Mitgliedern am Schlusse der Woche. Die Arbeitslosigkeit ist von 14,3 Proz. in der Vorwoche auf 12,6 Proz. in der Berichtswoche zurückgegangen. Insgesamt waren 45 335 bezugsberechtigte arbeitslose Mitglieder am Schlusse der Woche vorhanden. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung fiel von 338 700 Mk. in der Vorwoche auf 311 259 Mk. in der Berichtswoche. Die Gesamtausgabe für Arbeitslosenunterstützung während der neun ersten Kriegswochen betrug 3 173 429 Mark. Die Zahl der insgesamt Einberufenen belief sich auf 162 181 Mitglieder.

Der Verband der Sattler und Portefeuller hat mit dem Verband der Tapezierer zwecks einheitlicher Regelung der Extrabeiträge während der Kriegszeit folgende Vereinbarungen getroffen:

1. Alle in den zum Organisationsgebiet des Sattler- und Portefeullerverbandes gehörenden Betrieben der Militärausrüstungsindustrie tätigen Mitglieder des Tapeziererverbandes sind verpflichtet, gleich den Mitgliedern des Sattler- und Portefeullerverbandes die vom Vorstand und Ausschuss des Sattler- und Portefeullerverbandes ausgeschriebenen Extrabeiträge entsprechend ihrem Verdienst zu leisten.

2. Der Ertrag der Extrabeiträge fällt dem Verband zu, in dem das Mitglied organisiert ist. Mitglieder des Tapeziererverbandes leisten die Extrabeiträge daher an die Lokalkassen des Tapeziererverbandes.

3. Die Werkstattvertrauensmänner des Sattler- und Portefeullerverbandes sind berechtigt, von den beschäftigten Mitgliedern des Tapeziererverbandes den Nachweis zu verlangen, daß die Extrabeiträge an ihre örtliche Organisation abgeführt sind.

Der Steinarbeiterverband hat den Bezug der Arbeitslosenunterstützung von 6 auf 9 Wochen ausgedehnt, und zwar erhalten Ledige nach 52 Beitragswochen 3 Mk., nach 104 und mehr Wochen

4,50 Mk., Verheiratete 4,50 bzw. 6 Mk. wöchentliche Unterstützung.

Vorstand und Ausschuss des Tabakarbeiterverbandes haben beschlossen, die am 10. August eingeführte Notstandsunterstützung bei Arbeitslosigkeit aufzuheben und anstatt dieser die statutarische Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit in beschränktem Umfange und bei Leistung der statutarischen Beiträge wieder einzuführen. Der Beschluß tritt am 2. November in Kraft. Je nach der Beitragsklasse soll demnach eine Arbeitslosenunterstützung von 3 bis 5,40 Mk. pro Woche gezahlt werden. Krankenunterstützung und Sterbegeld bleiben bis auf weiteres außer Kraft. Die vom 10. August bis 31. Oktober gezahlte Notstandsunterstützung soll den Mitgliedern auf die Arbeitslosenunterstützung nicht angerechnet werden. Mitglieder, die voll beschäftigt sind, haben wöchentlich einen Extrabeitrag von mindestens 25 Pf. zu zahlen.

Das Organ des Tabakarbeiterverbandes fordert Gemeindefürsorge für die Tabakarbeiter und schließt sich den Ausführungen der „Südd. Tabak-Btg.“ an, die auf die Notlage der Tabakarbeiter in kleineren Gemeinden hinweist.

Der Verband der Tapezierer hatte Ende September 2670 zum Heer Eingezogene und 2684 Arbeitslose. Im 3. Quartal waren insgesamt 4134 Mitglieder mit 82 000 Tagen arbeitslos.

Der Töpferverband unterstützte in der ersten Oktoberwoche 816 Arbeitslose in 153 Zahlstellen. 80 Zahlstellen sind an der Erhebung nicht beteiligt.

Der Zimmerer-Verband hatte am Ende des 2. Quartals 1914 in 819 Filialen 62 673 Mitglieder (gegen 63 020 im gleichen Quartal des Vorjahres).

### Die österreichischen Gewerkschaften und der Krieg.

Die österreichische Gewerkschaftskommission hat eine Erhebung über die Wirkungen des Krieges auf die Centralverbände durchgeführt, über deren erste Teilergebnisse wir schon berichtet haben. Nunmehr ist diese Statistik zum Abschluß gebracht worden und wir können ihre Gesamtergebnisse darstellen. Die Erhebung suchte festzustellen, wie groß die Zahl der Arbeitslosen im Monat August in Wien war und wieviel Gewerkschaftsmitglieder im ganzen Reich zum Militärdienst eingezogen wurden.

Die Statistik der Arbeitslosen gibt folgendes Bild: Von 60 der Gewerkschaftskommission angehörenden Verbänden haben nur 36 einen Bericht erstattet. Allerdings haben nur die kleineren Organisationen den Bericht nicht rechtzeitig eingekickt, so daß die vorliegenden Angaben immerhin den größten Teil der Wiener organisierten Arbeiter umfassen. Von den 156 367 Gewerkschaftsmitgliedern Wiens liegen — abzüglich der im Monat August zu Kriegsdiensten Eingerückten — über 110 521 Arbeiter und Arbeiterinnen Angaben vor. Arbeitslos waren im August 23 719, das sind 21,5 Proz. der in die Erhebung Einbezogenen. Daß im ersten Kriegsmonat nicht weniger als ein Fünftel der Wiener Arbeiter arbeitslos wurde, zeigt, wie schwer das Wirtschaftsleben durch den Kriegsausbruch erschüttert wurde und wie groß das Elend ist, das der Krieg sofort und unmittelbar über das Proletariat brachte. Nun muß man aber bedenken, daß in Wien eine Reihe von Gewerben ihren Sitz haben, die für die Heeresausrüstung tätig sind und nun in der Lage sind, eine erhebliche Anzahl Arbeiter, die sonst